

# Interview

TIDuP-Direktor Prof. Dr. Uwe Jun im Gespräch

**2023 war für Deutschland sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sicherlich kein langweiliges Jahr. Die AfD ist in den Umfragen erstmals auf über 20 Prozent gestiegen und gleichzeitig erfährt die Ampel einen auffallenden Gegenwind in ihrer Regierungspolitik. Wir sehen, die Koalition befindet sich im Dauerstresszustand. Dazu tragen auch Herausforderungen auf der weltpolitischen Bühne bei: Flüchtlingströme nach Deutschland, Krieg in der Ukraine, Inflation. Alles in allem stellt sich daher die Frage: Sind wir in außergewöhnlich turbulenten Zeiten oder sind diese politischen Polarisierungs- und Umwälzungsprozesse normal?**

*Uwe Jun:* Ihre Frage legt es ja schon nahe. Wir nennen das ‚multiple Krisen‘ in der Politikwissenschaft. Und in der Tat sind wir in einer solchen Phase. Unter den vielen, die sie erwähnt haben, ist noch der Nahe Osten hinzuzufügen. Also weitere geopolitische Schwierigkeiten, Katastrophen kann man ja schon fast sagen. Wir sehen zudem Chinas Streben nach immer mehr Macht. Die Situation ist insgesamt diffizil und das trägt auch mit dazu bei, dass wir diese innenpolitischen Verwerfungen haben. Im Umkehrschluss bedeutet das, ohne diese externen Faktoren hätten wir auch nicht so starke Verwerfungen im Binnenbereich. Man kann dabei auch direkte Korrelationen herstellen: Beispielsweise die Migration zur Stärke der AfD. Aber auch bezüglich des Glaubwürdigkeitsverlusts der Bundesregierung: Nach Auffassung der Bevölkerung bewältigt sie diese vielen Krisen nicht so, wie sich die Bevölkerung das wünscht – was aber auch eine schwierige Herausforderung ist.

**Insbesondere stellt sich unter diesen schwierigen Bedingungen die Frage: Wie führungsstark zeigt sich Olaf Scholz denn nach der ersten Hälfte der Legislatur? Hat er gut in das neue Amt gefunden?**

*Uwe Jun:* Nach Meinung der Bevölkerung hat er das überhaupt nicht. Wir haben historische Tiefst-

stände für die Zustimmung eines Bundeskanzlers: Nur 20 Prozent der Bevölkerung sagen noch, Olaf Scholz führt das Amt gut. 80 Prozent sagen, er führt es nicht gut. Das zeigt: Herr Scholz hat Schwierigkeiten. Es ist allerdings auch eine herausfordernde Aufgabe, in dieser Dreierkonstellation die Führungsaufgabe in dem Maße wahrzunehmen, wie es in vorherigen Regierungskonstellationen der Fall gewesen ist. Er hat sich entschieden, mehr als Moderator zu agieren. Er versucht als Konfliktschlichter häufig zwischen Grünen und FDP aufzutreten. Er versucht „leading from behind“, also die Koalition hinter verschlossenen Türen auf den richtigen Weg zu bringen. Aber damit ist die Bevölkerung wenig einverstanden. Sie möchte gerade in solch schwierigen Krisensituationen, die auch immer als Stunde der Exekutive gelten, mehr von ihm sehen. Sie möchte mehr hören, welche Vorstellungen er hat, was Problemlösungen betrifft. Darunter leidet auch das gesamte Ansehen der Ampelkoalition, also eben nicht nur unter diesen Streitigkeiten zwischen insbesondere Grünen und FDP, sondern auch daran, dass es Scholz nicht gelingt, nach außen als führungsstarke Persönlichkeit zu erscheinen und der Ampel-Regierung damit Führungskraft zu geben.

**Lassen sich aus Perspektive der politischen Kommunikationsforschung Gründe finden, warum er so kommuniziert, wie er kommuniziert?**

*Uwe Jun:* Die Form der Kommunikation würde ich insgesamt sehr kritisch betrachten. Er ist niemand, der besonders gut Politik erklären kann. Er arbeitet dazu häufig mit viel zu unklaren Formulierungen, unter denen man sich viel vorstellen kann. Aus denen der Bürger aber keine klare Sichtweise, keine klare Perspektive, keine Vision von Politikvorstellungen oder von Problemlösungen entnehmen kann. Insofern finde ich bezüglich der Art der Kommunikation: Nein. Zur Form der Kommunikation, da würde ich schon sagen: Ja. Er versucht diese Koalition zusammenzuhalten und kommunikativ stärker nach innen zu wirken als nach außen. Das ist

für die Koalition an sich nicht schlecht. „Von vorne“ und mit klaren Richtungsvorgaben ließe sich diese Koalition kaum steuern. Dazu sind die beiden Koalitionspartner viel zu selbstbewusst, um eine solche Steuerung eines Bundeskanzlers á la Gerhard Schröder zu akzeptieren.

**War das bei Angela Merkel so viel anders? Sie war ja auch eher für ihre wortkarge Kommunikation bekannt.**

*Uwe Jun:* Frau Merkel hat ähnlich in der Kommunikation agiert, da würde ich Ihnen recht geben. Nur hat sie immer erkannt, dass sie in kritischen Situationen nach vorne treten und dann doch eine klare Richtung vorgeben muss. Sie hat damit immer sehr lange gewartet, auch weil sie sicherlich die Aushandlungsprozesse mit der SPD – mit der sie immer sehr freundlich umgegangen ist – abgewartet hat. Aber sie hat dann in den entscheidenden Situationen doch immer klare Kante gezeigt. Sowohl bei der Finanzmarktkrise, als sie sich dann doch für die Griechenlandhilfen eingesetzt hat, als auch bei der Flüchtlingskrise, indem sie erklärt hat: „Wir schaffen das“. Letztlich auch bei Corona, als sie die Situation als „ernst“ beschrieb und den Menschen deutlich machte, wie sie nun aus ihrer Sicht zu agieren hätten. Sie hat es in ihren Krisen immer wieder geschafft, letztlich doch Führung zu leisten. Und dann kommt noch etwas Zweites hinzu, was sie von Olaf Scholz unterscheidet. Wenn sie etwas kommuniziert hat, dann konnte man daraus immer etwas ablesen. Bei Herrn Scholz bleibt es oft im Vagen, Ungefähren, Undeutlichen, während Frau Merkel, wenn sie denn dann kommunizierte, es verständlich dargeboten hat. Dieses Verständliche, das lässt Herr Scholz gelegentlich vermissen.

**Kommen wir mit Blick auf Olaf Scholz auch auf seine Partei zu sprechen. Gewinnt die SPD unter der Kanzlerschaft Scholz wieder an sozialdemokratischem Profil? Und mit Blick auf die Vergangenheit: Wie ist die Befriedung in der Partei seit seiner Kanzlerschaft zu erklären?**

*Uwe Jun:* Die Befriedung hat ja schon vorher stattgefunden, um mit dem letzteren zu beginnen: Seitdem klar wurde, dass Olaf Scholz Kanzlerkandidat ist, also im Sommer 2020, sehen wir die Partei ungewohnt geeint. Das hat wohl auch damit zu tun,

dass Scholz mit der Kandidatur einhergehend versprochen hat, dass er inhaltlich stark auf die Parteilinke zugeht. Und das kann man ja tatsächlich erkennen, insbesondere in der Sozialpolitik. Die Partei steht hinter Scholz, aber Scholz kommt ihr auch gerade mit Blick auf Kernpunkte in der sozio-ökonomischen Konfliktdimension sehr entgegen. Da wären zum Beispiel das Bürgergeld und der Mindestlohn zu nennen. Personell spielen auch drei der Parteilinken eine große Rolle und sind dabei in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen: Saskia Esken als eine der beiden Parteivorsitzenden, Kevin Kühnert als Generalsekretär und Ralf Mützenich als Fraktionsvorsitzender. Die Parteirechte stellt mit Klingbeil auch einen der Parteivorsitzenden, stellt den Kanzler, aber muss sich die Macht auch teilen. Man hat in der SPD aus der Vergangenheit gelernt, dass man jetzt als Eintracht auftritt und nicht mehr als zerrütteter Haufen.

**Dennoch sehen wir einen Aufwind von oppositionellen Parteien, auch mit Blick auf die AfD, die sich trotz ihrer eigenen Radikalisierung in den letzten Jahren wachsender Zustimmung erfreuen darf. Wie ist die Zustimmung zur AfD trotz dieser Radikalisierung zu erklären? Sie wird mittlerweile in mindestens sieben Bundesländern vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt und in drei als gesichert rechtsextrem eingestuft.**

*Uwe Jun:* Erstmal interessiert das die Wähler wenig, wie der Verfassungsschutz die AfD einordnet. Zumindest diejenigen, die sich vorstellen können, die AfD zu wählen. Davon abgesehen haben wir eigentlich drei Hauptgründe für diesen Aufstieg der AfD.

Der erste hat viel mit Migration zu tun. Das ist das Thema, das die AfD seit 2015/16 stark bedient. Ihr Ehrenvorsitzender, Alexander Gauland, hat dazu gesagt: Die Politik 2015/16 war ein Glücksfall; also das, was wir unter der Flüchtlingskrise subsumieren. Und derzeit hilft der AfD, dass das Thema wieder sehr weit oben auf der politischen Agenda ist, ihre Wählerinnen und Wähler diesem Thema eine sehr hohe Bedeutung zuschreiben und die AfD die migrations-skeptischen Gruppen der Bevölkerung gut abholt. Das zweite ist der Protest gegen die Politik der Bundesregierung, weil viele sich damit

überfordert fühlen oder die Bundesregierung eine Politik betreibt, die wenig Rücksichten auf deren eigenen Belange nimmt. Damit meine ich insbesondere auch die Gruppe der sozial Schwächeren. Als Musterbeispiel gilt hier das sogenannte Gebäudeenergiegesetz, wo viele Menschen gesagt haben „Hier werden wir überfordert, hier werden wir übergangen“ und sich dabei Sorgen um ihre soziale Existenz machen. Und das dritte, wovon die AfD profitiert, ist die allgemeine Zukunftsskepsis, die wir derzeit sehen. Das Narrativ der AfD ist: „Mit Deutschland geht es bergab“. Und das ist mittlerweile auch sehr weit verbreitet in der Bevölkerung. Deutlich mehr als die Hälfte teilen dieses Narrativ. Und wenn Sie das alles zusammennehmen, dann ist die AfD da, wo sie gerade ist.

**Viele dieser Gründe, für diesen vermeintlichen, empfundenen Abschwung Deutschlands, werden den Grünen zugeschrieben. Vor wenigen Jahren noch wurde die Partei Bündnis 90/Die Grünen schon auf dem Weg zur Volkspartei gesehen. Davon scheint sie gerade weit entfernt zu sein. War die Vorstellung realistisch, dass die Grünen mal eine Volkspartei werden könnten, oder war von vornherein für die Grünen nur ein begrenztes Potenzial erkennbar?**

*Uwe Jun:* Die Grünen hätten durchaus die Chance dazu gehabt, eine sehr große Rolle zu spielen, zumindest wenn man sich die Wählerpotenziale der Partei anschaut. Der Lackmустest für die Grünen war aber jetzt die Regierungsbeteiligung und da stellen wir fest, dass das Wählerpotenzial der Grünen, also derer, die sich vorstellen können, die Grünen zu wählen wieder spürbar zurückgeht, von etwas mehr als 50 Prozent auf jetzt gut 35 Prozent. Was also ist geschehen? Sie haben sich in der Regierungsverantwortung – aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler – eher wieder radikalisiert und ideologisiert, indem sie versuchen, ihre Klimaschutzbestrebungen sehr deutlich durchzusetzen und dabei wenig Rücksicht auf andere Bevölkerungsgruppen nehmen. Das wurde etwa beim Thema Atomkraft deutlich, wo die Grünen sehr stark auf den Ausstieg aus der Atomkraft gedrängt, sich aber viele Menschen gefragt haben: Ist das in der derzeitigen Energiesituation tatsächlich sinnvoll? Und das wurde auch beim Gebäudeenergiegesetz deutlich, wo

in den ersten Entwürfen die Grünen nicht gut erklären konnten, wie das Thema sozial abgedeckt werden kann und worin die Vorteile auch mit Blick auf die soziale Komponente liegen. Diese hätte man viel stärker in den Vordergrund stellen sollen. Und dann kommt auch noch ein Führungsvakuum dazu. Die Menschen hatten auf Robert Habeck sehr große Hoffnungen gesetzt, dass er die Grünen wieder stärker in die Mitte führt, und das ist im Moment nicht so richtig erkennbar. Habeck kann dieses Führungsvakuum in der Partei nicht so ausfüllen, wie sich die politische Mitte das vorgestellt hat. Die grüne Stammwählerschaft schätzen wir auf etwa 12 Prozent ein. Da sind sie ein bisschen drüber im Moment, aber hauptsächlich sind es die urbanen Mittelschichten – akademisch ausgebildet – die sich zu den Grünen bekennen. Alle anderen haben sich derzeit wieder mehr auf Distanz zu der Partei begeben.

**Jetzt sind die Grünen nicht die einzige Regierungspartei, die nicht so richtig von der Regierungsrolle profitieren kann. Auch die FDP hat zu kämpfen. Sie haben die FDP mal als liberales Korrektiv in einer Regierung beschrieben. Wie gut erfüllt die FDP diese Rolle, vor allem mit Blick auf ihr Umfragetief derzeit?**

*Uwe Jun:* Genau da sehen wir ein ganz interessantes Bild, eine große Differenz zwischen dem, was medial häufig präsentiert wird, nämlich dass die FDP einen großen Mitgestaltungsspielraum in dieser Regierung hätte und der Wahrnehmung der FDP-Wählerinnen und Wähler. Ein kürzlich veröffentlichter Beitrag in der FAZ trug den Titel: „Die Partei der Unzufriedenen“. Das entspricht auch wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die FDP-Wählerinnen und Wähler, nicht nur die Mitglieder, sind sehr unzufrieden, weil sie der Auffassung sind, dass die FDP dieses liberale Korrektiv nicht ausreichend erfüllt. Dass die FDP also zu wenig gestalterisch tätig ist, zu wenig macht in dieser Bundesregierung und zu stark der Getriebene von Rot-Grün ist und dann allenfalls noch als Verhinderer auftritt, aber zu wenig in die gestaltende Position kommt. Das wirkt sich zu ihren Lasten aus. Viele FDP-Wählerinnen und Wähler haben sich deswegen entschieden, im Moment eher abstinent zu sein und sich nicht für diese Partei zu entscheiden. Sie sind ähnlich wie

die Grünen zurückgeworfen auf ihre Stammwählerschaft, die wir auf etwa drei Prozent veranschlagen. Derzeit stehen sie bei vier bis fünf, je nach Meinungsforschungsinstitut.

**Auch auf der linken Seite des Parteienspektrums hat sich im Jahr 2023 einiges abgespielt. Welche Bedeutung hat denn Sahra Wagenknechts Ankündigung, eine neue Partei zu gründen, für das Parteiensystem in Deutschland? Verstärkt sie die Polarisierung oder mildert sie sie durch ein zusätzliches Angebot ab?**

*Uwe Jun:* Eindeutig verstärkt sie die Polarisierung. Das ist auch ihre Absicht. Sie will von den unzufriedenen Wählerinnen und Wählern profitieren, also jenen wenig parteigebundenen Wählerinnen und Wähler der AfD sowie der Linkspartei. Zudem polarisiert sie eindeutig in ihren Aussagen. Sie bezeichnet beispielsweise die Grünen als die gefährlichste Partei der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag. Sie versucht auch, die Grünen in eine bestimmte Ecke zu drängen: Als wenig für die Belange der einfachen Bevölkerung zugängliche Partei und spricht dabei von „woken“ Grünen in ihren Lesungen.

Die Frage, die offen ist, lautet: Wird es ihr gelingen, eine Partei aufzubauen, die schlagkräftig genug ist? Die bisherigen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, 10 Abgeordnete der Linken, werden nicht ausreichen. Sie muss also schauen, dass sie eine Organisation aufbaut, die schlagkräftig ist. Sie muss die dafür nötigen Ressourcen sammeln, daher auch ihr Auftritt vor der Bundespressekonferenz im Oktober. Der diene wesentlich dazu, diese Ressourcen auch zu bekommen. Das Organisieren ist hingegen nicht ihre Stärke. Sie muss also hoffen, dass sie Menschen findet, die genau diese Arbeit für sie übernehmen. Ihre Stärke ist eher die Repräsentation, also nach außen, nicht nach innen zu wirken. Daher kann man Stand jetzt noch ein bisschen skeptisch sein, ob ihr das gelingt und wie schlagkräftig diese Partei am Ende sein wird. Sollte es ihr gelingen, dann würde ich allerdings sagen, ist die Linke in einer schweren Existenzkrise. In der ist sie schon jetzt, aber die dürfte sich dann noch mal deutlich beschleunigen. Wenn bei einer Partei, die nur noch bei 4 Prozent in Umfragen liegt, noch mal ein Teil wegbriecht, dann wird es ganz, ganz schwer werden. Je nachdem, wie durchsetzungsfähig Wa-

genknecht gegenüber ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern ist, kann sie aber auch der AfD Wasser abgraben. Da bin ich aber ein bisschen skeptisch. Frau Wagenknecht hat ja jetzt schon erklärt: Frau Mohamed Ali soll Parteivorsitzende werden. Frau Mohamed Ali ist bisher aber nicht mit migrations-skeptischen Äußerungen aufgefallen. Das müsste die Partei aber leisten, wenn sie aus dem Potenzial der AfD-Wählerinnen und Wähler, Menschen gewinnen will. Insofern muss man abwarten, auch wie die genaue Programmatik der Wagenknecht-Partei, nennen wir sie mal mit Arbeitstitel, am Ende aussehen wird.

**Durch ihren Austritt aus der Linkspartei und auch den Austritt einiger linker Mitstreiter ist die Bundestagsfraktion zerbrochen und auch der Gesamtpartei hat die Abspaltung sichtbare Schmerzen bereitet. Unter welchen Umständen kann denn die Linke in Zukunft noch eine Bedeutung im deutschen Parteiensystem haben?**

*Uwe Jun:* Darüber ist sich die Linke ja selbst nicht so ganz einig. Auf dem letzten Bundesparteitag in Augsburg konnte man wieder spüren, dass es da unterschiedliche Auffassungen gibt. Der Noch-Fraktionsvorsitzende, jetzt wahrscheinlich dann irgendwann Gruppenvorsitzende, Dietmar Bartsch hat gesagt: Die kleinen Leute sollte man versuchen zu erreichen, gerade im Osten Deutschlands. Das wäre das Wählerpotenzial. Die Parteiführung, insbesondere Frau Wissler, setzen aber stärker auf die kulturellen Themen wie Migration und Frieden. Sie versuchen eher ein urbanes, gut ausgebildetes Publikum zu erreichen. Es ist momentan noch offen, in welche thematische Schwerpunkt-richtung die Linke gehen wird. Egal wie, sie hat immer harte Konkurrenz: Bei den sozioökonomischen Fragen vermutlich die Wagenknecht-Partei, die hier wahrscheinlich einen Fokus setzen wird. Und auch die SPD, die relativ hohe Kompetenzwerte im Bereich Sozialpolitik hat. Und in der kulturellen Frage konkurriert sie dann mit den Grünen, die dort eher Glaubwürdigkeit, gerade in den urbanen Zentren besitzen. Zu guter Letzt muss die Linke auch stärker im Westen Deutschlands auftreten. Diese Linke braucht auch den Westen, insbesondere weil Frau Wagenknecht viele Sympathisanten im Osten hat.

**Die größte Oppositionspartei haben wir noch nicht angesprochen: Hat die CDU ihre Rolle in der Opposition gefunden?**

*Uwe Jun:* Sie sucht immer noch danach, wie sie wieder möglichst schnell ins Kanzleramt zurückkommen kann. Und Friedrich Merz versucht, die Partei ein bisschen mehr nach rechts zu bewegen, also etwas konservativer aufzustellen. Dagegen gibt es widerstrebende Kräfte. Am prominentesten hat sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wüst öffentlich geäußert, der in einem FAZ-Artikel gesagt hat: Die Partei gehört in die politische Mitte, nur dort kann sie ausreichend Wähler gewinnen, um am Ende erfolgreich zu sein. Merz, so sehen wir jetzt in dem ersten Entwurf des Grundsatzprogramms, hat sich an zwei, drei Stellen durchgesetzt. Es war aber auch klar, dass das mit Zustimmung der großen Mehrheit der Mitglieder geschieht, insbesondere was die schärfere oder restriktivere Politik im Bereich Asyl- und Migration betrifft. Er hat jetzt auch – ich nehme an, das geht auf Merz zurück – den Begriff der Leitkultur wieder eingebracht. Den hat er bereits vor längerer Zeit geprägt und versucht damit auch eher ein konservativeres Spektrum für sich zu gewinnen. In sozioökonomischen Fragen wird eine wirtschaftsliberale Position stärker betont. Wir sehen hier, dass Merz durchaus die Partei versucht konservativer und marktliberaler aufzustellen und sich weiter von den Grünen zu entfernen, die ja ein potenzieller Koalitionspartner wären. Inwieweit ihnen diese Verschiebung letztlich gelingt, inwieweit das innerparteilich vollständig durchsetzungsfähig ist, ist für mich noch eine offene Frage. Klar ist für mich aber, dass die Kritiker des Merz-Kurses, die nach außen hin sehr vorsichtig agieren – wie unter anderem Wüst oder der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Günther – Recht haben mit ihrer Positionierung, dass die wahlentscheidenden Wähler, jene Wechselwähler der politischen Mitte sind. Das waren auch immer die, die auch Frau Merkels Wahlerfolge garantiert haben. Und sollte Merz die verprellen, wird es für die CDU schwer, wieder möglichst schnell ins Kanzleramt zu kommen.

**Kommen wir weg von parteipolitischen Themen und widmen wir uns einer Frage zur politischen Kultur. Viele Menschen beklagen, dass „die da oben“ für sie unerreichbar wären, es also eine sehr große Kluft geben würde zwischen den Repräsentanten und den Repräsentierten. Dabei gibt es viele Partizipationsmöglichkeiten. Die Parteien lechzen förmlich nach Mitgliedern. Wie passt es zusammen, dass einerseits ein sehr großes Bedürfnis nach Partizipation da ist, Partizipationsmöglichkeiten aber gleichzeitig offenbar nicht genutzt werden?**

*Uwe Jun:* Das hat viel damit zu tun, dass eine Mitgliedschaft in Parteien als „old-fashioned“ gilt, als etwas aus der Vergangenheit. Das haben die Eltern und Großeltern gemacht, aber die jüngere Generation will diese Partizipationsmöglichkeit nicht mehr so richtig wahrnehmen, das interessiert sie wenig. Sie beschränken sich eher auf punktuelle, temporäre Beteiligung. An einzelnen, stärker themen- und problem-orientierten Aspekten der Politik. Parteien versuchen immer alle Anliegen abzubilden, haben dabei aber Schwierigkeiten, genug emotionale Bindung zu allen Themen herzustellen. Dann ist es leichter für die jüngere Bevölkerung, sich auf einzelne Themen einzulassen oder vielleicht auch einfach nur im Netz irgendwie mitzuwirken, ohne sich gleich einer Partei anzuschließen. Die Parteien schaffen es seit mehreren Jahrzehnten nicht, wieder attraktiv zu werden, weil sie doch eher noch als starre Organisationen gelten.

Und dann kommen noch gesellschaftlichen Prozesse wie Individualisierung und Singularisierung hinzu, die der Massenmitgliedschaft von Parteien eher entgegenstehen. Da ist man dann einer von Hunderttausenden, das will man aber gar nicht sein. Man will ja jemand Besonderes sein, und dem widerstrebt dieses Organisationsmodell der Partei. Dort, wo man nur einer von vielen ist und wo man auch weiß, dass man erst mal auf der Ortsebene irgendwas bewirken muss. Über die Ortsebene kommt man als einfaches Mitglied aber erst einmal wenig hinaus. Viele wollen aber genau das und denken deswegen, sie können sich bei sozialen Bewegungen, wie z.B. Fridays for Future, stärker einbringen.

**Abschließende Frage. Dabei werfen wir einen Blick auf das TIDuP und die Politikwissenschaft im Allgemeinen: Welche gesellschaftliche Rolle haben politikwissenschaftliche Forschungsinstitute bei der Begleitung politischer Diskurse?**

*Uwe Jun:* Ich würde sagen wir haben drei Aufgaben, die wir uns stellen müssen. Wir müssen Daten sammeln, die uns Erklärungen für politische Entwicklungen geben. Wir sollten diese Daten interpretieren und das politische Geschehen begleiten und erklären. Das heißt dann auch in verschiedene Öffentlichkeiten zu gehen: in die mediale, aber auch in die Fachöffentlichkeit und in die regionale Öffentlichkeit. Gerade die Orientierungsfunktion in der nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit ist wichtiger geworden. Da sehe ich eine wesentliche Aufgabe. Die Menschen bekommen sehr viele unterschiedliche Informationen. Durch das Internet ist die Informationsvielfalt um ein Vielfaches ange-

stiegen und es fällt ihnen schwer, diese verschiedenen Informationen in irgendeiner Weise so einzuordnen, dass sich daraus ein kohärentes Bild ergibt. Unsere Aufgabe ist es, dazu beizutragen, dass die Politikwissenschaft eine Orientierung liefern kann, indem wir versuchen, politische Geschehnisse, Ereignisse, auch Daten, die wir selbst erheben oder von anderen bekommen, einzuordnen.

**Hoffentlich haben wir das mit diesem Interview ein bisschen getan. Vielen Dank für das Gespräch.**

*Uwe Jun:* Vielen Dank, Ihnen beiden.

Das Interview führten Oliver Drewes und Marius Minas am 13.12.2023